

# Misere am Wohnungsmarkt

Von Jan Drebes  
und Sebastian Netz

**BERLIN.** Mit düsteren Prognosen blickt das Bündnis „Soziales Wohnen“, dem Mieterbund, Baugewerkschaft, sowie Sozial- und Branchenverbände der Bauwirtschaft angehören, auf einen historischen Mangel von mehr als 700 000 Wohnungen in Deutschland. Lukas Siebenkotten, Präsident des Mieterbundes, warnt vor einem regelrechten „Desaster“ auf dem Wohnungsmarkt, wenn nicht schnell die von der Bundesregierung gesteckten Ziele umgesetzt werden: Jedes Jahr sollen eigentlich bis zu 400 000 Wohnungen und bis zum Ende der Legislaturperiode jährlich 100 000 Sozialwohnungen gebaut werden. Doch davon ist man heute weit entfernt. Bundesbauministerin Klara Geywitz hat bereits eingeräumt, dass die Ampel-Koalition ihr Ziel von 400 000 neuen Wohnungen im Jahr

verfehlen wird. Auf Basis der am Donnerstag vorgelegten Studie „Bauen und Wohnen in der Krise“ von dem Hannoveraner Pestel-Institut und dem Kieler Bauforschungsinstitut „ARGE“ kritisiert das Bündnis, dass 2022 lediglich 20 000 Sozialwohnungen fertiggestellt worden seien. Und das, obwohl Deutschland eine enorme Zuwanderung infolge des Ukrainekrieges erlebt und

der Bedarf dadurch noch einmal gewachsen ist. Zudem sei die Binnenwanderung innerhalb Deutschlands – vom Land in Metropolen – entscheidend für den Druck auf den Wohnungsmarkt. Wie könne man dann in Zukunft die so dringend gebrauchten Fachkräfte aus dem Ausland anwerben, wenn sie keinen bezahlbaren Wohnraum vorfinden können? Das kritisierte Harald

Schaum, Vize-Chef der IG Bauen-Agrar-Umwelt. Keiner werde kommen, wenn man hier „kein Dach über dem Kopf findet“, sagt er.

Zur Bewältigung der Wohnungsbau-Krise fordert das Bündnis von der Regierung ein Sondervermögen in Höhe von 50 Milliarden Euro. Mindestens 38,5 Milliarden Euro davon müsse allein der Bund aufbringen. Nach den bisherigen Plänen stellt der Bund zwischen 2022 und 2026 insgesamt 14,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Länder, die für den sozialen Wohnungsbau zuständig sind, müssten die Bundesmittel aufstocken. Besonders besorgniserregend: Im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2021 hat sich der Bestand an Sozialwohnungen um jährlich 30 000 Wohneinheiten verringert. Waren es Ende der 1980er noch vier Millionen allein im Westen, sind es heute nur noch 1,1 Millionen in ganz Deutschland. | **Kommentar**

## In NRW fehlen 71 000 Sozialwohnungen

Die aktuelle Studie dokumentiert eine sehr unterschiedliche Bereitschaft bei der Förderung von Sozialwohnungen. Spitzenreiter ist demnach Hamburg. Es folgen Bayern, Schleswig-Holstein, Berlin und Baden-Württemberg. Schlusslicht ist das Saarland. Wie dramatisch die Lage ist, zeigen die Daten für

die einzelnen Bundesländer in der neuen Studie: Legt man zugrunde, dass man für zehn Prozent der Mieterhaushalte Sozialwohnungen vorhalten wollte, fehlen laut Matthias Günther, Leiter des Pestel-Instituts, in NRW 71 000, in Hessen 79 000, in Rheinland-Pfalz 49 000 und im Saarland 18 500 Sozialwohnungen.